

Cottbuser

Herzblatt

Chośebuska wuśobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

18. Jahrgang / Nr. 10 (218)

Oktober 2010

Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 6: Geschichten aus Lobby-Land

Seite 7: Über die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze

Seite 12: Welche Energie ist für wen bezahlbar?

20 Jahre deutsche Einheit: Ein Grund zum Jubeln?

Warum die regierungsoffizielle Bilanz mit den Realitäten nicht übereinstimmt

Die Idee zur Überschrift dieses Beitrages stammt diesmal nicht von mir. In einem „Spiegel“-Interview zum Einheitsjubiläum hatte Ministerpräsident Platzeck einige kritische Bemerkungen zum Einigungsprozess geäußert und dabei zu Recht betont, dass er sich deshalb das Jubeln „nicht verordnen“ lässt.

Zur Begründung verwies Platzeck auf die „gnadenlose Deindustrialisierung“ Ostdeutschlands. Arbeitslosigkeit sei in nahezu jede Familie eingezogen. Selbst kleinste symbolische Gesten in Richtung Osten hätten gefehlt. Den Ostdeutschen ist das Gefühl vermittelt worden, „sie müssten alles wegwerfen, es war alles Stasi und ideologieverseucht.“

Denn schließlich, so Platzeck, sei es eine Tatsache, dass ein Teil der Menschen auch nach 20 Jahren Einheit noch nicht mit „Hirn und Herz“ im vereinten Deutschland angekommen ist.

Eigentlich ist dem Gesagten nichts hinzuzufügen. Wir alle hier im Osten haben das so und nicht anders erlebt. Matthias Platzeck hat es nur öffentlich ausgesprochen. Doch schon diese paar Wahrheiten waren des „Bösen“ zu viel.

Wie die Hyänen stürzten sich Massenmedien, darunter auch die „Lausitzer Rundschau“, sowie die Opposition im Brandenburger Landtag auf den SPD-Politiker, eine wahre Schmutzkampagne folgte. Was wurde ihm dabei nicht alles vorgeworfen und unterstellt: Verantwortungslosigkeit, Kungelei mit der LINKEN, Verharmlosung der DDR, Geschichtsklitterung, Stammtischniveau... Ja, sogar Na-

ziparolen, weil er zu Recht den Begriff Anschluss statt Beitritt gebrauchte.

Alles Zeichen, dass diese kritischen Anmerkungen einen Nerv getroffen hatten, der so gar nicht zu den Superlativen in den 20. Jahrestags-Festreden, positiven Bilanzen, geschönten Statistiken, manipulierten Umfragen und Dokumentationen der Erfolgspropaganda passten.

Dabei hatte Platzeck nur die Spitze



Vorschlag für ein Einheitsdenkmal Foto: F. Newiak

des Eisberges leicht angepickt. Denn wirkliche Einheit setzt Gleichheit auf allen Gebieten voraus. Und da liegt auch nach 20 Jahren noch vieles im Argen.

Noch immer gibt es zwischen Ost und West gravierende Lohnunterschiede bei gleicher Leistung und gleichen Preisen. Das trifft ebenso auf das ungleiche Rentenniveau zu. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen, und von „blühenden Landschaften“ ist man hier noch weit entfernt. Dazu die Rente mit 67, ein Zwei-Klassen-Bildungssystem und Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegen.

Aber es sind nicht allein die ökonomischen und politischen Aspekte, die den Einheitsprozess belasten. Es ist oft auch ein ungutes Bauchgefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, nicht dazuzugehören, auf Almosen aus dem Westen angewiesen und dafür auch noch dankbar sein zu müssen.

Der ständige Vorwurf, 40 Jahre in einem „Unrechtsstaat“ gelebt zu haben, wertet die eigene Biografie, die persönliche Lebensleistung des Einzelnen ab. Ehrlich gesagt, kotzt das Viele einfach an. Selbst das „Fernsehereignis des Jahres“, der ARD-Sechsteiler „Weissensee“ kommt nicht ohne die primitive Stasi- und „Unrechtsstaats“-Klischees aus.

Und was ist geblieben von den großspurigen Worten Kohls am Brandenburger Tor 1990 über Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle? Wer sich heute mit Hartz IV, Mini- und Ein-Euro-Jobs über die Runden quält:

Was hätte der für einen Grund, über den 20. Jahrestag der Einheit zu jubeln? Was nutzt ihm das schöne Gerede von Demokratie und Freiheit wenn er sich diesen Luxus nicht leisten kann?

Ist es da verwunderlich, dass sich mancher von ihnen an die relative soziale Sicherheit und das preiswerte Lebensniveau in der DDR erinnert. Nein, das kann man nicht so einfach mit engstirniger Nostalgie abtun. Das ist ein zulässiger Systemvergleich, über den nur wir Ostdeutschen verfügen, und den auch nur wir objektiv beurteilen können.

(Fortsetzung auf Seite 2)

20 Jahre deutsche Einheit: Ein Grund zum Jubeln?

(Fortsetzung von Seite 1)

Und deshalb erzählen Papa und Mama, Opa und Oma ihren Kindern und Enkeln etwas Anderes als die staatlich verordnete DDR-Sicht und Einheits-Erfolgspropaganda vorgibt. Denn – auch da hat Platzeck Recht – es gab viele sinnvolle Elemente des Lebens in der DDR, die man in die Einheit hätte einbringen können, wie beispielsweise Ganztagschulen, umfassende Kindertagesbetreuung, Polikliniken. Mir fällt da noch eine ganze Menge mehr ein. Stattdessen wurden sie unnötigerweise – wie vieles andere – einfach abgewickelt.

Ohne Prophet zu sein: Solange die realistische Sicht auf die DDR fehlt, sie weiterhin als „durch und durch schlecht“ abgestempelt wird, gibt es keine wirkliche innere Einheit. Jedenfalls nicht in dieser und der nächsten ostdeutschen Generation.

Gegen die deutsche Einheit an sich ist nichts zu sagen. Sie ist zu begrüßen. Das sollte auch die Position jedes LINKEN sein. Doch wie sie zustande kam und wie sie sich heute präsentiert – das kritisch zu hinterfragen, muss öffentlich erlaubt sein. Auch und gerade am 20. Jahrestag. Und da gibt es wirklich keinen Grund zum Jubeln.

Joachim Telemann

Befragung von Infratest dimap:

Bestätigung für die Politik der Landesregierung

„Die Brandenburger stellen der Koalition aus SPD und LINKEN ein positives Zeugnis aus.“ So fassen der Landesvorsitzende der LINKEN, Thomas Nord, und die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser die Ergebnisse des jüngsten Brandenburg-Barometers zusammen.

„Die Ergebnisse einer Befragung von Infratest dimap im Auftrag des RRB und der Märkischen Allgemeinen Zeitung machen deutlich: Der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für die brandenburgische LINKE ist stabil.

Das ist nach dem schwierigen Start und unter den gegebenen finanziellen Bedingungen keine Selbstverständlichkeit“, so der Landesvorsitzende. „Wir wissen diesen Zuspruch zu schätzen und verstehen ihn auch als Anerkennung für unsere Bemühungen, die im Koalitionsvertrag verankerten Ziele der LINKEN nun Wirklichkeit werden zu lassen.“

Kerstin Kaiser unterstreicht: „Wir halten Kurs im Auftrag der Wähler. Soziale Verantwortung mit weniger Geld – unter

dieser Maßgabe setzt DIE LINKE. in den jetzt beginnenden Haushaltsberatungen ihre Schwerpunkte: Wir werden nicht an der Bildung für unsere Kinder sparen, ob in der Kita oder in der Schule. Es bleibt uns wichtig, dass Menschen soviel verdienen, dass sie davon auch leben können.“

Mit den Ergebnissen der Umfrage erweisen sich die wichtigsten inhaltlichen Anliegen der BrandenburgerInnen auch als unsere politischen Prioritäten.

Dass der Zuspruch für Rot-Rot innerhalb eines halben Jahres

um elf Prozent gestiegen ist, heißt auch, die Brandenburger haben offenbar großes sachliches Interesse an unserer Arbeit. Sie verfolgen, was die Regierung für das Land entscheidet und wie es umgesetzt wird.

Umfragen sind immer Momentaufnahmen, bilanzieren beide Linkspolitiker. „Wir werden weiter intensiv dafür arbeiten, die Zustimmung für die rot-rote Politik zu vergrößern.“



Gesamtmitgliederversammlung am 16. Oktober 2010

Liebe Genossinnen und Genossen, sicherlich habt Ihr alle die Einladung zu unserer nächsten Gesamtmitgliederversammlung am 16. Oktober, ab 10.00 Uhr, im Cottbuser Stadthaus bekommen und gelesen.

Wie ich und der neue Ortsvorstand Euch versprochen haben, wird es zu dieser Gesamtmitgliederversammlung einen neuen Leitantrag geben. Dem Ortsvorstand war es wichtig, dies so schnell wie möglich und unter der Berücksichtigung der aktuellen politischen Lage zu realisieren. Nun soll dieser Entwurf breit in der Basis diskutiert werden, gleichwohl der Vorstand der Auffassung ist, dass der Antrag noch zu optimieren ist. Deshalb freuen wir uns auf Eure Änderungs- und Ergänzungsvorschläge. Bitte reicht Eure Anträge zum Leitantrag bis zum 12. Oktober in der Kreisgeschäftsstelle ein, damit wir diese zusammenfassen und vorbereiten können. Natürlich könnt Ihr diese aber auch während der Gesamtmitgliederversammlung einreichen.

Ein zweiter wichtiger Punkt wird die Nachwahl zu unserem Ortsvorstand sein. Ihr wisst, dass wir bei unserer Gesamtmitgliederversammlung im Januar nicht alle Frauenplätze mangels Kandidaturen besetzen konnten. Nun kommt noch hinzu, dass unser junger Genosse Sten Marquaß nach Potsdam studieren geht, und dass Ulrike Schuster aus beruflichen und persönlichen Gründen ihr Mandat nicht mehr wahrnehmen kann. Das heißt, es sind drei Vorstandsplätze neu zu besetzen.

Um eine gute und effiziente Vorstandarbeit zu gewährleisten, rufe ich Euch auf, liebe Genossinnen und Genossen, in Euren BO darüber zu sprechen, ob jemand Lust und Zeit hat, bei uns im Vorstand mitzuarbeiten.

In großer Freude, Euch auf unserer Mitgliederversammlung zu sehen, verbleibe ich mit den besten Grüßen.

Euer Jürgen Maresch

Beethovens Neunte zur Einheitsfeier

War das Ereignis vor 20 Jahren ein Schritt zur Menschenwürde?

Das Staatstheater Cottbus veranstaltete zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit ein Sonderkonzert mit Beethovens Neunter. Im Programmzettel stand: „Wann immer ein Schritt in Richtung friedlicher Konfliktlösung und Gestaltung stabiler Verhältnisse gelingt, die den Menschen ein Leben in Freiheit und Würde erlauben, besteht Grund zur Freude.“

Damit wird suggeriert, dass die Vereinigung ein Schritt zu mehr Menschenwürde gewesen sei.

Doch ist es wirklich so? Zweifel sind angebracht angesichts all der Defizite, die nicht nur für die ostdeutsche Bevölkerung mit dem Anschluss der DDR an die BRD entstanden. Die bürgerliche Presse überschlägt sich in Lügen, Halbwahrheiten und vor allem Gehässigkeiten, sobald die Rede von der DDR ist. Damit wird von den Tatsachen abgelenkt, die den Herrschenden heute mehr als unangenehm sind.

Um nur einige dieser Tatsachen zu nennen: In der DDR gab es keine Arbeitslosigkeit. In der UNO-Menschenrechtscharta ist das Recht auf Arbeit ein Menschenrecht. Dagegen wird in der Bundesrepublik millionenfach verstoßen. Das ist für die Betrof-

fenen ein existenzieller Einschnitt in die Menschenwürde. Das gilt ebenso für alle Menschen, die zu Kurz- oder Leiharbeit und zu anderen „prekären“ Lohnverhältnissen gezwungen werden.

Was brachte die Einheit noch? Millio-nenfach ziehen junge, qualifizierte Leute in den Westen, weil dort das Lohnniveau deutlich höher ist als im Osten. Ganze Dörfer und Landstriche veröden, weil die DDR-Industrie nahezu komplett platt gemacht wurde.

Die sogenannte Treuhand vermochte es, das gesamte industrielle Anlagevermögen der DDR in Höhe von 600 Milliarden Mark in einen Schuldenberg von 200 Milliarden Mark zu verwandeln. Nie sind die kriminellen Machenschaften der Treuhand von einem Untersuchungsausschuss kritisch beäugt worden.

Eine weitere Enteignung der DDR-Bevölkerung vollzieht sich mit der niedrige-

ren Rente im Osten. Bei den Einigungs-verhandlungen fiel unter den Tisch, dass die Menschen im Osten in bedeutendem Maße zum Wohlstand in der Alt-BRD beigetragen haben. Das betrifft nicht nur die Zahlung der Reparationen, die die DDR bis 1957 an die Sowjetunion zu 98 Prozent für ganz Deutschland bezahlte, das bezieht sich auch auf zahlreiche Exporte nach Westdeutschland zu extrem günstigen Preisen für Neckermann und andere Unternehmen.

All dies ist in seriösen wirtschaftswissenschaftlichen Studien nachzulesen, die sich vor allem auf offizielle Zahlen der Deutschen Bundesbank beziehen.



Veranstaltungsort Cottbuser Staatstheater

Darin wird auch deutlich, dass die DDR-Wirtschaft 1989 keinesfalls marode war, wie das die Medien immer wieder behaupten.

Und was nützt die Verwaltungsgerichtsbarkeit, wenn die Prozesse sieben und acht Jahre dauern? In der DDR gab es die Praxis der Eingaben an die Behörden und Parteiorgane. Davon haben Millionen Gebrauch gemacht. Auf die schnelle Beantwortung wurde streng geachtet. Die Gerichte in der DDR waren zu kostenloser Rechtsauskunft bereit. Heute dürfen Gerichte keine Auskünfte erteilen. Wer da Bedarf hat, muss einen Rechtsanwalt bezahlen. Was sind das für Zustände? Wie wird da mit der Menschenwürde umgegangen?

Sicherlich gab es in der DDR Unge-rechtigkeiten und viele Missstände. Aber in existenziellen Fragen gab es für die lohnabhängig Beschäftigten (damals

Werk-tätige genannt) weitaus mehr Rechte als heute. Dazu genügt ein Blick in das Arbeitsgesetzbuch der DDR, das zu den fortschrittlichsten in Europa gehörte.

Ein weiterer Punkt in Sachen Menschenwürde betrifft die Verfassung. Das Grundgesetz stellte im Artikel 146 eine Verfassung für das gesamte deutsche Volk in Aussicht, „die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung“ zu beschließen sei. Das ist bis heute, 20 Jahre nach der Einheit, nicht geschehen. Wir leben mit einem Provisorium von Verfassung, das 1949 von einem Gremien verabschiedet wurde, welches nicht demokratisch legitimiert war. In dieser Hinsicht leben wir in einem Staat, in dem viel von Demokratie geredet wird, wo aber in den grundlegenden Rechtsbestimmungen (einer Verfassung) die demokratischen Rechte des Volkes mit Füßen getreten werden.

Was gibt es heute im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands zu feiern?

Deutschland ist nach wie vor gespalten – nicht nur in Ost und West, wo es nach wie vor unterschiedliche Mentalität und unterschiedliches Wahlverhalten gibt.

Deutschland ist gespalten zwischen arm und reich, zwischen den „oberen Zehntausend“ und den Millionen, die unter der Bürde täglicher Überforderung in den Arbeitsstellen leiden, die sich ständig um ihren Arbeitsplatz sorgen müssen oder die arbeitslos geworden sind. Und haben wir im einheitlichen Deutschland „stabile Verhältnisse“ bei Finanzkrisen, Milliarden-„Spar“-Programme, Bankenrettungspaketen, hochverschuldeten Kommunen, Milliardendefiziten bei Krankenkassen, Bildungsnotstand, verödenen Landschaften im Osten, behördlich geduldeten Naziaufmärschen und Atomwaffen auf deutschem Boden? Dabei habe ich noch nicht einmal die Kriegseinsätze der Bundeswehr angesprochen, die völkerrechtswidrig 1999 gegen Jugoslawien begannen und unter anderem in Afghanistan

(Fortsetzung auf Seite 4)

Beethovens Neunte zur Einheitsfeier

(Fortsetzung von Seite 3)

fortgesetzt werden. Was hat das alles mit Würde zu tun? Solche „Konfliktlösung“ hat es in der DDR nicht gegeben.

Schaut man sich dazu noch die Rüstungsexporte an, bleibt nur die Schlussfolgerung: Tod und Verderben gehen wieder vom einheitlichen Deutschland aus. Oder: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“, wie es im früheren Werbeslogan eines deutschen Herstellers von Insektiziden formuliert war.

Kein Wunder, dass vor diesem Hintergrund einem Gefühle beschleichen, wie sie Peter Hacks einmal beschrieb:

Fremd ist die Sonne,
die mir heute leuchtet.
Und bloß im sich
versenkenden Gemüte
seh ich die Landschaft,
die hier vormals blühte.
Nicht immer bleibt
mein Auge unbefeuchtet.
Man weint um Hellas.
Sonst geschieht es selten,
dass einer Staatseinrichtung
Tränen gelten.

Nun wurde Beethovens Neunte für eine Feier der deutschen Einheit bemüht. Ob sich die beteiligten Künstler dabei alle wohl fühlten? Kunst dient der Wahrheit, auch der geschichtlichen. Oder sie mutiert zur Hure der heute Herrschenden.

Sebastian Zachow-Vierrath

Existenzsichernde Beschäftigung für Langzeitarbeitslose auch in Cottbus

Zum Start des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors im Land Brandenburg erklärte der Cottbuser Landtagsabgeordnete Jürgen Maresch:

Im Koalitionsvertrag von LINKE und SPD wurde der Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor im Land Brandenburg vereinbart. Jetzt tritt die Förderrichtlinie des Projekts „Arbeit für Brandenburg“ in Kraft. Gefördert werden vorrangig ältere Langzeitarbeitslose über 50 Jahre, die bereits länger als drei Jahre arbeitslos sind. Ausnahmen sind möglich. Lediglich Personen unter 25 Jahre können mit diesem Projekt nicht gefördert werden.

Die existenzsichernde Entlohnung liegt bei einem Bruttostundenlohn von mindestens 7,50 Euro. Liegt der ortsübliche Tariflohn höher, ist auch ein höherer Satz möglich. Die Arbeitszeit richtet sich nach der jeweiligen Integrationsfähigkeit des Stelleninhabers und liegt bei 30 bis 40 Wochenstunden. Eine Stelle wird zunächst für ein Jahr bewilligt und kann für ein weiteres Jahr verlängert werden. Eine dreijährige Förderung ist möglich, wenn der Stelleninhaber damit den Übergang in die Rente erreicht.

Anträge auf Förderung können Landkreise, kreisfreie Städte sowie überregional tätige Vereine und Verbände stellen. Arbeitgeber können neben Kreisen, Städten, Gemeinden, Ämtern auch Verbände, Vereine und Arbeitsfördergesellschaften sein. Zu beantragen sind die Fördermittel

bei der Landesagentur für Struktur und Arbeit.

Langzeitarbeitslose, die an einem öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnis im Rahmen des Projektes „Arbeit für Brandenburg“ interessiert sind, wenden sich am besten an ihren Fallmanager im Jobcenter der ARGE Cottbus. Der Eintritt in ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsverhältnis des neuen Förderprogramms ist bis zum 31. Dezember 2014 möglich.

Finanziert wird „Arbeit für Brandenburg“ durch die Bündelung bestehender Instrumente von Bund, Land und Kommunen. Von der Bundesagentur für Arbeit kommen zwischen 900 und 1300 Euro je nach Qualifikation des Stelleninhabers. Das Land Brandenburg hat als Anreiz und Entlastung für die Kommunen bzw. Träger der Maßnahmen seinen Zuschlag von ursprünglich geplanten 200 auf 250 Euro erhöht. Die Kommunen oder Landkreise sollen im Schnitt 135 Euro beisteuern. Das ist in der Regel die Summe der eingesparten Kosten der Unterkunft. Auch Vereine oder Verbände können Träger der Maßnahme sein. In diesem Fall wird auch von ihnen ein Beitrag in dieser Höhe erwartet.

Ich hoffe, dass die Stadt Cottbus sowie Cottbuser Vereine und Verbände vom Förderprogramm „Arbeit für Brandenburg“ intensiv Gebrauch machen, um Langzeitarbeitslosen eine existenzsichernde Beschäftigung zu ermöglichen.

Programmdiskussion in Rostock

Großes Interesse – Lebhaftige Diskussion

Rund 100 Brandenburger Genossinnen und Genossen reisten am Samstag, dem 18. September, nach Rostock, um sich an der Programmdiskussion der Partei zu beteiligen. Brandenburg stellte damit fast ein Drittel der insgesamt 360 Teilnehmer, die sich aus drei Ost- und drei Westverbänden zur Regionalkonferenz in die Hansestadt aufmachten. „Lebhaft, informativ und ein echter Fortschritt in Richtung Klarheit“, diesen Eindruck gewann Daniel Förster, Mitglied des Landesvorstandes

der LINKEN in Brandenburg. In zahlreichen Workshops und Foren wurde über das zukünftige Programm der LINKEN ebenso lebhaft wie fair diskutiert.

„Der Spagat von Theorie, Vision und Praxis ist uns in Rostock gelungen“, erklärte Bernd Sachse, Kreisvorsitzender Märkisch-Oderland.

Mit der Rostocker Regionalkonferenz eröffnete DIE LINKE die Debatte um das Grundsatzprogramm, das im Herbst 2011 beschlossen werden soll.

Auf der Regionalkonferenz stellten die Brandenburger Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und der Bremer Landesprecher Christoph Spehr Thesen zum Sozialismus im 21. Jahrhundert vor.

.....

Die Papiere zum Lesen und Mitreden: „Stichpunkte zu einer Positionsbestimmung“ (Kerstin Kaiser) und „Thesen zum Sozialismus im 21. Jahrhundert“ (Christoph Spehr) findet Ihr auf der homepage www.dielinke-brandenburg.de

Neues aus Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit ihrem Atomdeal hat die Arbeit der Bundesregierung einen neuen Tiefpunkt erreicht. Noch nie wurde Lobbyinteressen mit ähnlicher Unverfrorenheit ein Platz am Kabinetttisch eingeräumt

Ganz selbstverständlich lud die Kanzlerin die Atombosse an den Verhandlungstisch, als vor etlichen Tagen die Höhe der Steuerlast für die Energieriesen ausgehandelt wurde. Den Konzernen fließen durch die verlängerten Laufzeiten der Atomkraftwerke Milliarden Gewinne zu. Der Koalition war dies nicht genug – ihr fiel nichts Besseres ein, als höflichst bei den Energiebossen zu fragen, welchen Steuersatz sie von diesen Sondergewinnen denn abzutreten gedächten.

Die Regierung lässt sich ihre Entscheidungen in aller Unverhohlenheit von Managern ins Buch diktieren. Als sei dies nicht dreist genug, handelten die Anwälte der Atomkonzerne noch einen nächtlichen Zusatzvertrag aus. Der sollte geheim bleiben – mit Grund. Die Bundesregierung verschenkt hier nochmals einige Milliarden an die Herren aus der Energiebranche und bürdet der Allgemeinheit neben dem enormen Endlagerproblem auch noch sonstige anfallende Sicherheitskosten auf.

Sogar der Umweltminister wurde laut Presseberichten nicht über den Inhalt des Abkommens unterrichtet. Ein Umweltstaatssekretär wurde frühmorgens aus dem Bett geklingelt und um Unterschrift unter das Geheimpapier gebeten. All dies geschah unter Umgehung des Parlaments und im Versuch, Teile des Kabinetts und insbesondere die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß des Atomdeals zu täuschen. Nur der Versprecher eines RWE-Managers brachte die Verabredung ans Licht der Öffentlichkeit.

Chapeau, Schwarz-Gelb. Unverfrorenheit hat ihr Gesicht gefunden. Vor dem Gesetz sind alle gleich – nur für die Bundesregierung sind manche eben ein bisschen gleicher.

Anders ist die bevorzugte Behandlung der Atomkonzerne nicht erklärbar. Oder wäre es vorstellbar, dass die Kanzlerin Hartz-IV-Empfänger zur höflichen Neuverhandlung des Regelsatzes ins Bundeskanzleramt lädt? Wohl nicht.

Ganz im Gegensatz zu den Energiemilliardären werden die weniger Privilegierten eben nicht gefragt, welche Belastungen ihnen zumutbar scheinen. Im Gegenteil: Die Kleinen bluten für die Exzesse der Finanzmärkte, sollen herhalten für Sparanstrengung und Haushaltskonsolidierung.

Wo die Regierung freihändig Milliarden an Spitzenverdiener, Millionenerben und Konzernriesen austeilte, werden Normal- und Kleinverdiener, Arbeitslose, Alleinerzieher oder Rentner unter schalem Blut und Schweiß-Gerede zur Kasse gebeten.

Das verächtliche Verhalten der Bundesregierung gegenüber dem Gemeinwohl hat System. Diese Regierung ist angetreten für Klientelpolitik im Exzess.

Was mit der Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers anfang, findet in den Milliardeneschenken für die Atombranche und Pharmariesen seine logische Folge.

Mit dem scheinheiligen Argument des Standorterhalts werden die dreistesten Steuergeschenke gerechtfertigt. Dies geschieht in Zeiten der Rekordverschuldung und des andauernden Verweises auf die Schuldenbremse, die das strukturelle Haushaltsdefizit in den kommenden Jahren massiv absenken soll.

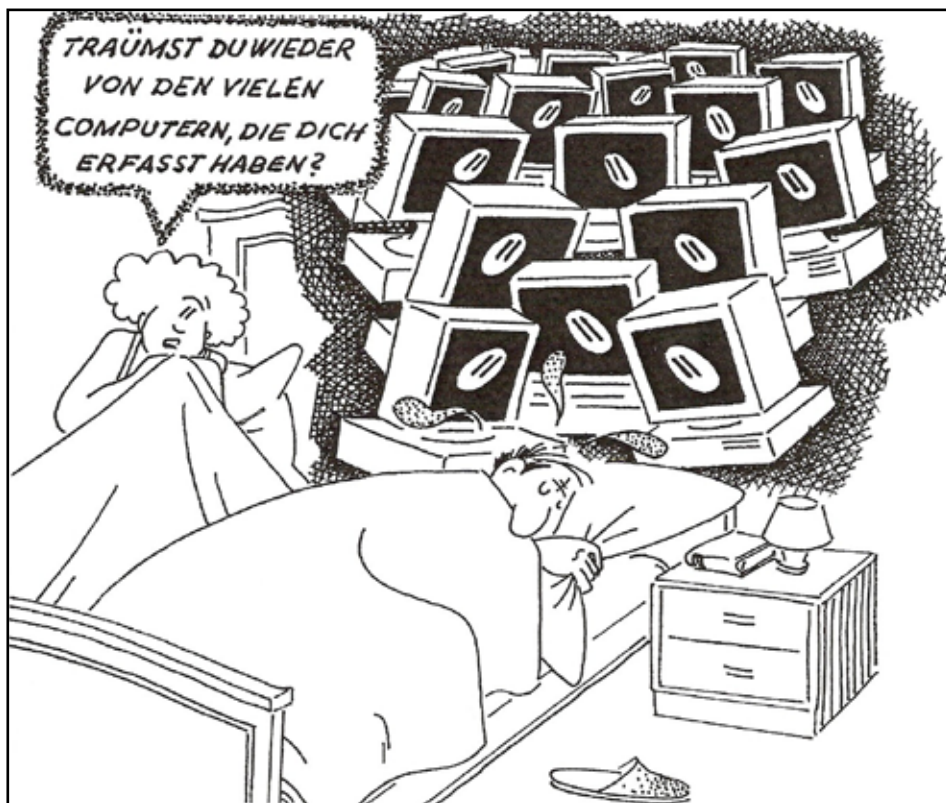
Über letzteres redet die Regierung jedoch nur, wenn es um das Rechtfertigen gekürzter Sozialerträge geht. Für Klientelpolitik ist das angeblich leere Säckel immer voll genug.

Das Verhalten der Bundesregierung erschüttert die Demokratie. Wenn Politik den Eindruck erweckt, sie diene nicht dem Gemeinwohl, sondern den Profitinteressen weniger Begünstigter, verspielt sie den Rückhalt, den sie für politisches Handeln benötigt. Hinzu kommt, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die unter Schröder begonnene Entmachtung des Parlaments konsequent fortsetzt: Vom eilig durchgepeitschten Euro-Rettungsschirm bis hin zur Vertragspolitik des Atomdeals zieht sich die Missachtung der parlamentarischen Informations- und Beteiligungsrechte.

Die Regierung spielt mit dem Feuer und sieht nicht, dass das Haus schon brennt.

Die schwarz-gelbe Regierung hat wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt. Nun geht es darum, diese Regierung so schnell wie möglich zu kippen. Daran arbeite ich – mit vielen anderen – mit voller Kraft. Mit herzlichen Grüßen

Ihr Wolfgang Neskovic



Karikatur: Hänchen

Geschichten aus Lobby-Land

Als am 24. Oktober 2009 die neue Mannschaft des nun schwarz-gelben Regierungsbootes auf einer Pressekonferenz ihre Kursbestimmungen für die nächsten Jahre bekannt gab, hörte sich das oberflächlich betrachtet ganz gut an.

So sagte Frau Merkel: „Wir erhöhen keine Abgaben und Steuern, wir setzen auf Wachstum.“ Was sie zum Beispiel nicht sagte, war, dass die Festbetragsgrenzen für einige Medikamente verändert werden, sodass sie nicht mehr zuzahlungsfrei sind. Mit einem Kanzler-Jahresgehalt von 190 000 Euro dürfte ihr das ja am Hintern vorbeigehen.

Der FDP-Chef Guido Westerwelle nannte den Koalitionsvertrag „gut für unser Land“ und „einen Kompass, der zeigt, dass unser Land nicht nur aus der Krise heraus will, sondern auch Zukunft gestalten möchte.“

Fragt sich nur: Gut für wen und Zukunft für wen? Denn was der gelbe Hilfsmatrose, der später auf volksverhetzenden Abwegen wandelnd, HARTZ-IV-Empfängern „spätrömische Dekadenz“ vorwarf, nicht sagte, war: Der Hotelbranche sollte ein Steuerrabatt gewährt werden. Statt 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen die Hoteliers dank des verhinderten Späterömers Westerwelle und seiner wirtschaftsliberalen Kohorten nun nur noch sieben Prozent Mehrwertsteuer.

Artig schob dann auch der Mövenpick-Hauptaktionär August von Finck 1,1 Millionen Euro in die FDP-Kasse. Die (Lobby-)Leistung hat sich somit wieder gelohnt. Festzuhalten ist: Derart dreist und offen haben sie es nie getrieben. So unverschämt und frech wurde noch nie die Lobby-Fahne geschwenkt und auf Wählerstimmen sowie auf den Bürgerwillen gesch...

Da werden Steuergeschenke an die verteilt, die sie gar nicht brauchen. Vermögende werden nicht zur Beseitigung der Krisenfolgen und zur Sanierung der Staatsfinanzen herangezogen, während Länder- und Kommunalhaushalte, der normale Steuerbürger und soziale Schwache einseitig mit neuen Belastungen konfrontiert werden.

Zugleich werden jedoch gegen jede ökonomische, finanzpolitische und ver-

kehrspolitische Vernunft kostspielige Prestigeprojekte wie das Bahnprojekt Stuttgart 21 durchgedrückt.

In Zeiten leerer öffentlicher Kassen, wo die DB AG anderswo Bahnhöfe verrotten lässt und Strecken stilllegt, wird in Stuttgart mit einem Aufwand von über neun Milliarden Euro ein denkmalgeschützter Bahnhof abgerissen und unterkellert. Und da zerreißen sich Leute ihre Mäuler über kulturbarbarische Abrisse von DDR-Bauten? Halten sollen sie es! Dass nun gebaut wird, ist auch das Verdienst des Alt-Staatssekretärs im Verkehrsministerium und Neu-Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU).



Der Herr hat nämlich damals mit geschmiert: Die Bahn hatte 1999 in der internen Wirtschaftlichkeitsrechnung des Projekts einen Fehlbetrag von umgerechnet bis zu 79 Millionen Euro stehen. Damit drohte das Aus für Stuttgart 21. In den folgenden Verhandlungen sagte das Land zu, einen Zuschuss für 18 neue Nahverkehrszüge zu zahlen sowie 2,6 Millionen Kilometer Zugverkehr in Baden-Württemberg bei der Bahn zu bestellen. Das Finanzpaket, das von der Landeshauptstadt mit einem eigenen Beitrag ergänzt wurde, ermöglichte 2001 die Fortführung des Milliardenprojekts. Und nun sind die Bagger da, aber auch Tausende Bürger, die ihren Bahnhof gegen Prestige- und Lobby-Denken verteidigen.

Ein weiteres Dokument des Lobbyismus ist das „Sparpaket“, das die Koalitionäre im Juni 2010 vorlegten. Wohl wieder lobbygesteuert, sollen demnach

die ohnehin schon schwachen Schultern der Gesellschaft 30 Milliarden Euro der Lasten tragen und die Wirtschaft nur 19 Milliarden Euro.

Als ob diese politisch-soziale Schiefelage nicht schlimm genug wäre, wagen es Wirtschaftsvertreter noch, um diesen Anteil mit der Bundesregierung zu feilschen, um nicht zu sagen, sie zu erpressen. Üblicherweise werden Erpresser vor Gericht gestellt. Hierzulande werden hingegen überführte Wirtschaftskriminelle wie beispielsweise Josef Ackermann schon mal ins Kanzleramt zum Essen eingeladen und kostenfrei verköstigt.

Fakt ist, nun will sich die Atomwirtschaft auf Taschengeldniveau von der im „Sparpaket“ fixierten Brennelementesteuer freikaufen. Dabei drohten sie mit der Abschaltung mehrerer alter AKW. Nur zu, die Bevölkerungsmehrheit will das längst! Schließlich wurde mit der Energiewirtschaft unter ROT-GRÜN auch der Atomausstieg vertraglich vereinbart.

Doch die Kanzlerin Angela Merkel redet in dieser Debatte vertragsbrüchig von der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke.

Es kann ja sein, dass eine frühere FDJ-Funktionärin Franz-Joseph-Strauß nicht kennt. Der gute Mann sagte immer im alten Latein, das geschlossene Verträge auch einzuhalten seien.

Frau Merkel und ihre Regierung tickt da offensichtlich anders. Sie horcht offenbar eher auf den Takt, den ihr fragwürdige und zweifelhafte Lobbyistenvertreter vorgeben, als auf die Stimmen die eigentlich dem Bundestag und der Regierung zu ihrem Mandat verhelfen.

Wie war das noch? Wir sind das Volk? Wo Lobbyinteressen mehr Beachtung finden als Bürgerinteressen, da ist das Volk jedoch nur ein Störfaktor. Grundsätzlich sollte aber gelten: In der Politik darf es nicht zugehen wie in einem Kaufmannsladen. Politik darf einfach nicht käuflich sein! Wenn Wirtschaft, Banken und sonstige Interessengruppen auf Politik Einfluss nehmen wollen, dann sollen sie sich auch zuvor der Wahl stellen. Alles andere ist illegitim und undemokratisch, sprich Banane!

Text: René Lindenau
Bild: www.buntgrau.de

Zum Leben zu wenig – zum Sterben zu viel?

Über die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze



Seit der Einführung der Hartz-IV-Reformen fragen sich viele Menschen in diesem Lande: Kann man von 359 Euro im Monat eigentlich leben? Und wie wurde der Regelsatz überhaupt berechnet? Und vor allem: WER hat sich sowas ausgedacht?

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass es der Bundesregierung nicht darauf ankam, bedarfsdeckende Regelsätze zu ermitteln. Vorrangiges Ziel war vielmehr, durch die Reform Kosten für Langzeitarbeitslose zu sparen.

Laut Regelsatzverordnung wird der so genannte „Eckregelsatz“ (Regelsatz für einen Alleinstehenden) berechnet, in dem die Verbrauchsausgaben der untersten 20 Prozent der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten (Single)Haushalte der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) nach Herausnahme der Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe sind.

Für die erste Regelsatzberechnung 2005 wurde die EVS von 1998 herangezogen. Die letzte EVS wurde 2003 erhoben, wodurch der Regelsatz geringfügig korrigiert wurde.

Beide Einkommens- und Verbraucherstichproben ergaben nach Abzug der Mietkosten einen Bedarf für eine einzelne Person von etwa 500 Euro. So viel Geld wollte die Bundesregierung jedoch den Armen dieses Landes nicht zugestehen. Also wurden die Verbraucherausgaben unterteilt in „regelsatzrelevante“, also für den Regelsatz wichtige Ausgaben, und solche, die es eben nicht sind.

Dieses unglaubliche Werk verrichtete eine Geheimkommission aus Regierungs-

mitgliedern, Vertretern aus Wirtschaft, Wohlfahrtsverbänden, Wissenschaftlern usw. in nicht öffentlichen Sitzungen.

Erst nach hartnäckigen Nachfragen durch Abgeordnete enthüllte man zumindest teilweise, wie die Berechnung erfolgte. Angeblich stützten sich die Mitglieder der Geheimkommission auf eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes für die Bundesregierung, die bis heute unter Verschluss gehalten wird.

Einige Beispiele für die „Bereinigung“ des Regelsatzes nach unten möchte ich hier anführen.

■ **Nahrungsmittel/Getränke/Tabak:** Für Nahrungsmittel und nicht alkoholische Getränke wurden 12,5 Prozent (15 Euro) weniger anerkannt. Für Zigaretten erkennen die „Berechner“ nur 50 Prozent als regelsatzrelevant an. Das sind ein bis zwei Zigaretten pro Tag. Insgesamt billigt man dem Regelsatz-Empfänger 137,72 Euro pro Monat für diesen Posten zu.

■ **Bekleidung und Schuhe:** Hier wurden 2005 zunächst nur 90 Prozent der tatsächlichen Ausgaben als regelsatzrelevant anerkannt. Begründung: Der Kauf von Pelzmänteln und Maßkleidung sollte unterbunden werden. Seit 2008 werden 100 Prozent dieser Ausgaben anerkannt. Wir dürfen also wieder Pelzmäntel und Maßkleidung kaufen. Für 34,80 Euro im Monat!

■ **Strom:** Diese Ausgaben werden nach wie vor nur zu 85 Prozent anerkannt. Momentan stehen jedem Regelsatz-Empfänger 22,62 Euro/Monat zu. Jeder Deutsche gibt jedoch im Durchschnitt 37,97 Euro/Monat für Strom aus. Für die Instandhaltung der Wohnung und Reparaturen stehen monatlich 2,79 Euro zur Verfügung.

■ **Möbel, Einrichtung, Haushaltsgeräte, Reparaturen usw.:** Die Kosten werden nur zu 80 Prozent anerkannt. Denn Campinggeräte und Kunstgegenstände im Wert von 1,30 Euro/Monat gehören nicht in einen ALG-II-Haushalt. 25,08 Euro stehen hier insgesamt zur Verfügung.

■ **Gesundheit:** Hier werden nur 71 Prozent der Ausgaben anerkannt. Monatlich stehen 12,82 Euro zur Verfügung.

■ **Verkehr:** Für das Fahrrad und die Nutzung des ÖPNV stehen monatlich 15,97 Euro zur Verfügung (Das Mobilitätsticket kostet im Monat 18,20 Euro). Die Kosten für die Benutzung eines eigenen Kfz (Benzinkosten, Reparatur usw.) werden nicht anerkannt, da die „Berechner“ davon ausgingen, dass ein Fahrzeug ohnehin als „verwertbares Vermögen“ zu gelten hat. Die Realität sieht anders aus: Den meisten ALG-II-Beziehern bleibt das Auto als Schonvermögen erhalten, Geld für Benzin und Wartung gibt es jedoch nicht.

■ **Nachrichtenübermittlung:** Die Kosten für Telefon/ Fax werden mit 23,60 Euro/Monat zu 100 Prozent anerkannt. Ausgaben für Mobilfunk sind jedoch nicht regelsatzrelevant. Für Internet- und Onlinedienste stehen monatlich 3,16 Euro zur Verfügung.

■ **Bildung:** Die Ausgaben von 8,46 Euro/Monat werden nicht anerkannt. Wozu sollen Arme und Erwerbslose noch etwas lernen?

■ **Kinderregelsätze:** Sie wurden einfach prozentual herunter gerechnet nach dem Motto: Ein Kind ist ja nur ein halber Erwachsener. Dem widerspricht jedoch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar dieses Jahres.

Die Karlsruher Richter forderten von der Bundesregierung, die Regelsätze (der Kinder) in einem transparenten Verfahren neu zu berechnen und dabei den tatsächlichen Bedarf zu berücksichtigen.

Ministerin Ursula von der Leyen versucht, eine mögliche (und notwendige) Erhöhung der Regelsätze zu umgehen, indem sie die umstrittene Chipkarte für Kinder einführen will. Zur Zeit wird die neue EVS ausgewertet. Doch von einem transparenten Verfahren kann nicht die Rede sein: Erneut tagt man hinter verschlossenen Türen und betreibt Geheimniskrämerei. Was dabei herauskommt, kann man sich ausmalen. Höhere Regelsätze werden es wohl nicht sein. Schließlich soll ja millionenfach gespart werden bei den sozial Schwachen. Neue Klagen sind also vorprogrammiert.

Text: Sigrid Mertineit
Bild: www.scharf-links.de

Beschäftigungsprogramme gegen die Arbeitslosigkeit – helfen sie wirklich?

Heute: Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“

Die hohe Arbeitslosigkeit war schon von jeher kein gutes Aushängeschild für die Bundesregierung.

Und so wurden verschiedene Programme ins Leben gerufen, um die vielen Langzeitarbeitslosen endlich in Lohn und Brot zu bringen.

Das 2008 von der Regierung gestartete Programm „Kommunal-Kombi“ wurde mit vielen Vorschusslorbeeren versehen – man versprach eine drastische Senkung der Arbeitslosenzahlen. Heute betrachtet die Bundesregierung dieses Projekt als gescheitert. Was ging schief?

Dabei war das Programm im Ansatz sogar sehr gut, denn Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, kostet weniger Geld und die Schaffung von Arbeitsplätzen in gemeinnützigen Projekten ist für alle Beteiligten eine gute Sache.

Die „Zielgruppe“

Langzeitarbeitslose in Regionen mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, die mindestens zwei Jahre oder länger arbeitslos sind, mehrere Vermittlungshemmnisse haben und mindestens ein Jahr lang ALG II beziehen.

Die Finanzierung

Der Bund fördert jede geschaffene Stelle mit 50 Prozent des Arbeitnehmer-Bruttos (jedoch höchstens 500 Euro).

Der Europäische Sozialfond (ESF) zahlt je 200 Euro für die Arbeitgeber-Sozialbeiträge sowie für über 50jährige je 100

Euro. Das Land Brandenburg stellt je 150 Euro zur Verfügung.

Die Stadt Cottbus steuert abhängig vom Alter des Arbeitnehmers je 250 Euro (über 50 Jahre) oder 350 Euro (unter 50 Jahre) bei.

Für jeden Beschäftigten ergeben sich so 1000 Euro Brutto.



Die Bedingungen

Die Arbeitsplätze müssen sozialversicherungspflichtig, zusätzlich und im Gemeinwohlinteresse sein, dürfen keine regulären Jobs ersetzen bzw. verdrängen und dürfen nicht mehr als 30 Wochenstunden umfassen. Die Förderung dauert drei Jahre.

Erwünscht ist der Einstieg der Beschäftigten in den so genannten Ersten Arbeitsmarkt und eine begleitende Qualifizierung. Da Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden, haben die

Beschäftigten nach dem Ende der Förderungsdauer Anspruch auf ALG I.

Kritik:

Ein zu großer Teil der Kosten des Programms wurde den ohnehin verschuldeten Kommunen und armen Vereinen und Verbänden aufgebürdet.

Außerdem war der Aufwand für die Antragstellung aufwändig und kompliziert und für kleinere Vereine kaum zu bewältigen.

Das führte dazu, dass die anvisierte Zahl von zu schaffenden Stellen bei weitem nicht erreicht wurde.

Der gezahlte Bruttolohn von 1000 Euro ist auch nicht existenzsichernd, so dass vor allem Alleinstehende dem Jobcenter als „Kunden“ erhalten blieben.

Was aus den geschaffenen Projekten nach Ablauf der Förderungsdauer wird, ist unklar – ebenso die Zukunft der Beschäftigten, denn die Bundesregierung hat deutlich erklärt, das Programm nicht fortführen zu wollen.

Den Sprung in den Ersten Arbeitsmarkt dürften nur Wenige geschafft haben.

Ich persönlich kenne jedenfalls niemanden, der das Glück hatte, endlich in einen festen Job mit auskömmlichem (Mindest)lohn zu kommen.

Text: Sigrid Mertineit

Bild: www.scharf-links.de

Im nächsten „Herzblatt: Das neue Bundesprogramm „Bürgerarbeit“

Manche Unternehmer

nicht träge brüsten sich Träger der Leistungsgesellschaft zu sein statt Leistung Prinzip auf Arbeitnehmerkosten glanzreich zu werden statt Leistung Abfall was sie an Menschenverachtung produzieren statt Leistung Anstieg müllwertiger Profitgier statt Leistung Fähigkeit Sozialverbrechen legal zu begehen: Egal ist nach rechts justierter Justiz Psychoterror durch Kündigung Verarmungslohn

Jürgen Riedel

Veranstaltungshinweis

„Jemand muss es tun“

Unter dem Motto „Jemand muss es tun“ veranstaltete Attac Deutschland vom 9. bis 11. April 2010 in der Berliner Volksbühne ein Bankentribunal, um Ursachen und Folgen der Finanzkrise zu untersuchen. Die Höhepunkte der 17stündigen Veranstaltung liegen nun in Spielfilmlänge zusammengeschnitten als DVD vor.

Die Attac-Gruppe Cottbus präsentiert am 7. Oktober um 20.00 Uhr im „Comicafe“, Friedrich-Ebert-Straße 36, Cottbus, und am 21. Oktober um 20.00 Uhr im „QuasiMONO“, Erich-Weinert-Straße 2, Cottbus, die Ergebnisse dieses ansonsten von den Mainstream-Medien totgeschwiegenen Ereignisses.

Mit freundlichem Gruß

Antje Kirchner, *attac cottbus*

Merkel und Westerwelle brechen die Verfassung

„Die Regierung Merkel/Westerwelle lässt die Hartz IV-Betroffenen am ausgestreckten Arm verhungern.

Eine Regelsatzerhöhung von fünf Euro ist mit dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum unvereinbar. Das ist glatter Verfassungsbruch“, kritisiert der Vorsitzende der Partei DIE LINKE., **Klaus Ernst**, die in Aussicht genommene „Erhöhung“ des Hartz-IV-Regelsatzes von 359 auf 364 Euro.

„Diese Regierung führt unser Land in eine soziale Eiszeit. Sie verwehrt 6,5 Millionen Menschen auf Dauer die gerechte Teilhabe an der Gesellschaft und ignoriert selbst höchstrichterliche Urteile. Sie ist eine Regierung der sozialen Spaltung und Rechtsstaatsverweigerung. Eine erneute

Verfassungsklage ist unausweichlich. Die Opposition sollte dies gemeinsam in Angriff nehmen, wozu ich SPD und Grüne ausdrücklich einlade.“

Klaus Ernst weiter: „DIE LINKE. wird juristisch, parlamentarisch und außerparlamentarisch alles unternehmen, um die Vertiefung der Armut per Gesetz durch CDU/CSU und FDP zu stoppen. Wir werden Sachverständige aus Verbänden, Sozialinitiativen, Gewerkschaften und Wissenschaft darum bitten, eine verfassungskonforme Regelsatzhöhe zu ermitteln. Das wird eine belastbare Alternative zum ausgekugelten Armutsregelsatz der Bundesregierung. Dieses zutiefst asoziale Vorgehen der Koalition darf nicht Gesetzeskraft erlangen.

Das ganze Trachten der Koalition geht dahin, den Hartz-IV-Regelsatz künstlich niedrig zu halten und die Betroffenen noch schärfer zu unterdrücken. Gleichzeitig wird die Arbeitsmarktförderung für Langzeitarbeitslose zusammengestrichen, und der Niedriglohnsektor mit Leiharbeit, präkerer Beschäftigung, Mini- und Midijobs forciert.

CDU/CSU und FDP schreiben de facto ein Drittel der Menschen in Deutschland ab, während Großkonzerne, Bestdienende und Vermögende gehätschelt werden.

Das ist unverantwortlich und zerstört die Gesellschaft. Auf konservativ-neoliberalen Pfaden gerät das Land ins Abseits.“

In guter Verfassung? DDR und BRD im Vergleich



lastungsproben auf ihre Wirklichkeit in der Gesellschaft ausgesetzt. Das heißt, es geht auch immer darum, dass Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit eins sind. Dies zu sichern, ist nicht nur Aufgabe der unmittelbaren Verfassungsorgane, sondern sollte Anliegen jedes Bürgers sein.

So war es für den „westgeborenen“ Wolfgang Neškovic durchaus überraschend, dass in der DDR-Verfassung auch politische/individuelle Menschen- und Bürgerrechte verankert waren. Nur sie auch zu gewähren, damit hatte die alles führende Partei so ihre Schwierigkeiten.

Was allen drei DDR-Verfassungen fehlte, war vor allem ihre fehlende Klagbarkeit. Eine Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit kannte die DDR nicht. Erst als es mit ihr zu Ende ging, kam man darauf. Nun, dafür war man im Sozialen weit vorn. Auch in der Realität des realsozialistischen Seins. Auch wenn dem zunehmend das ökonomische Fundament dafür fehlte.

Erinnert wurde auch an die Verfassung der DDR, die in der Wendezeit am Runden Tisch erarbeitet wurde. Warum hat man diese verdienstvolle Arbeit so achtlos übergangen? Er war wohl auch so ein überflüssiger Webfehler im Einheitsmuster der neuen Herren?

Im Grundgesetz hingegen stehen Menschen-Bürgerrechte ganz am Anfang. Schon der Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Klingt gut, aber die Würde von Finanzkrisenschuldigen und anderen ist noch unantastbarer, während die von sozial Schwachen schon mal angetastet wird. Siehe das jüngste Sparpaket und manche Debatte um HARTZ-IV-Empfänger.

Oft war in den letzten Jahren zu beobachten, dass viel Demokratie und Bürgerrechte aus dem Grundgesetz verschwunden sind oder immer wieder zur Disposition gestellt werden. Unter anderem der Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Beim G-8-Gipfel in Heiligendamm (2007) hat ja der damalige Verfassungsminister Wolfgang Schäuble schon mal den Verfassungsbruch geprobt.

Nun: Hier sollte eine demokratische Linke entschlossen Widerstand leisten, in Verteidigungsstellung gehen und mit eigenen Vorstellungen zum Erhalt, Ausbau und mit Verbesserung der demokratischen Substanz des Grundgesetzes „angreifen“.

Das tat die PDS in den 90er Jahren mit ihrem Verfassungsentwurf und das tut DIE LINKE. bis heute in der täglichen Systemauseinandersetzung. Und das ist gut so!
René Lindenau

...so war der Titel einer am 16. September 2009 gut besuchten Veranstaltung des LINKE-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Neškovic.

Interessant und lehrreich war dieser Exkurs in die Verfassungsgeschichte beider deutscher Staaten allemal. Eröffnete er doch einen Blick in Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges. Denn Verfassungen sind nicht nur ein Ausweis über die Verfasstheit und Ansprüche eines Staates, sie sind auch täglich Be-

DIE LINKE unterstützt die Herbstproteste der Gewerkschaften



Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Frank Bsirske

Anlässlich ihrer Sitzung am 25. September begrüßten die Mitglieder des Vorstandes der Partei DIE LINKE. den Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, um sich zu den Auswirkungen des Kürzungspakets der Regierungskoalition, zur Rente erst ab 67, zur Notlage der Kommunen und zur Gesundheitsreform zu verständigen.

Nach angeregter Diskussion bekräftigten die Parteivorsitzenden, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, die Unterstützung der LINKEN für die Herbstaktionen der Gewerkschaften gegen die Politik des sozialen Kahlschlags der Bundesregierung.

DIE LINKE. ruft alle ihre Mitglieder auf, sich an diesen Protesten rege zu beteiligen.

Übersicht über die bisher bekanntesten Aktionen der nächsten Wochen

Oktober

- 6.10. Anti-Atom-Umzingelung des Landtages in **Stuttgart**
- 6.-7.10. Konferenz der IG Metall „Aktivinitiativ-innovativ. Für gute Arbeit – sicher rund fair“, **Leipzig**
- 7.10. Tag der menschenwürdigen Arbeit
DGB-Kapitalismuskongress „Umdenken – Gegenlenken – die Krise überwinden“, **Berlin**, DGB-Kundgebung, 16.30 Uhr, **Berlin, Alexanderplatz**
IG Metall-Aktion zu Leiharbeit, **Leipzig**
IG Metall-Aktion zu Leiharbeit, **Cottbus**
DGB-Protestkundgebung, 19.00 Uhr, **Würzburg**
- 9.10. Anti-Akw-Demo in **München**
Staatskanzlei Menschenkette
- 10.10. Demonstration zur Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze, **Oldenburg**

- 18.10. Bankenblockade, Aktionsgruppe Georg Büchner **Frankfurt/ Main**
- 24.10.-13.11. Aktionszeitraum mit regionalen Demonstrationen und betrieblichen Aktionen
- 27.10. IG Metall: Alternative Anhörung zur Rente 67, 09.00-10.00 Uhr, Kundgebung vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, **Berlin**
- 30.10. IG Metall-Großveranstaltung und Barkassen-Demonstration, **Hamburg**

November

- 1.-12.11 Castorproteste im Wendland mit Demonstration am 6.11.
- 1.11. DGB-Protestaktionen, **Stralsund**
- 4.11. DGB-Protestveranstaltung **Hamburg**

DGB-Auftaktveranstaltung zu betrieblichen Protestaktionen, **Husum/Kiesberg**

- 6.11. DGB-Großdemonstration **Hannover**
- 10.11. Veranstaltung von DGB und Netzwerk für eine gerechte Rente „Überprüfungsklausel – Was erwarten wir von der Bundesregierung?“, **Berlin**
- 13.11. DGB Großdemonstrationen, **Stuttgart, Nürnberg**
DGB-Großveranstaltung für NRW in der Westfalenhalle in **Dortmund**
evtl. Großdemonstration in **Berlin**
- 18.11. DGB-Großdemonstration, **Kiel**
- 26.11. Haushaltswoche im Bundestag, bundesweite Aktion in **Berlin** gegen das „Sparpaket“, Krisenbündnis (Tag X)

Die Terminliste wird ständig aktualisiert.

Konservative Elektroenergieerzeugung ist Geldvermehrung auf Zeit für Reiche



Vattenfall macht verzweifelte Anstrengungen, seine konservativen Investitionen für neue Braunkohlenkraftwerke als unumgänglich hinzustellen. Mit Sprüchen wie „Wir treiben die Technologie weiter voran“ und „Klimaschutz durch Innovation“ will der Konzernvorstand mit der Uralttechnologie „Dampfkraftwerke“ einen Anteil an der Geldquelle des deutschen Oligopols für Stromversorgung festhalten. Die Geldquelle droht durch den bereits jetzt erreichten Grad der Wirtschaftlichkeit Erneuerbarer Energien zu versiegen. Erneuerbare Energien basieren auf vielen auf das ganze Land zerstreuten Quellen.

Kommunale Erzeuger spielen dabei eine wichtige Rolle. Das Etikett „Brückentechnologie“ für die Braunkohlenverstromung zu benutzen, ist bei näherem Hinsehen irreführend und deshalb verlogene Tarnung.

Wenn ich eine Brücke baue, muss ich die Frage beantworten: Was will ich überqueren, was erhoffe ich oder strebe ich am anderen Ufer an? Die Braunkohlenverstromung mit der Absicht „neue Großkraftwerke und neue Tagebaue“ verhindern sowohl Investitionen als auch Forschungskapazität für Erneuerbare Energien. Sie wirken in vieler Hinsicht als Brems- und Blockadefunktion für die Nutzung Erneuerbarer Energien. Übrigens: Auch Atomkraftwerke sind Dampfkraftwerke.

Das Ziel, mit Großkraftwerken den bestehenden Einfluss auf staatliche Hilfs-

dienste (u.a. willfährige Gesetzgebung), staatliche Risikoübernahmen und Subventionen zu erhalten, gerät zum Glück zunehmend ins Wanken. Es gelingt immer weniger, die Gesellschaft durch Steuern zur Absicherung der geforderten privaten Gewinne zu verpflichten. Das wurde spätestens mit der Art der Durchsetzung von Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke offensichtlich, die mächtige Volksproteste hervorgerufen hat.

Die Geldgier der Konzernvorstände verhindert sie, zu erkennen, dass die Zerstörung der Existenzgrundlagen der Gesellschaft durch naturwidrige Ausbeutung fossiler und nuklearer Energieträger letztendlich auch sie selbst trifft.

Es ist zu hoffen, dass sich die Gewerkschaften branchenübergreifend auf überregional und regional abgestimmte gemeinwohlorientierte Mitbestimmung besinnen. Die Vortäuschung von Sozialpartnerschaft mit den Konzernen muss sofort aufgegeben werden. Sie führt zur Erpressbarkeit der Gewerkschaftsmitglieder und zum Verzicht auf Arbeitskampf für gute Arbeit und gutes Leben. Wenn man bedenkt, dass führende Gewerkschaftsfunktionäre in den Aufsichtsräten sitzen, muss man sich doch fragen, was sie im Sinne ihrer Gewerkschaftsmitglieder dort an Mitbestimmung tun?! Was wundert es, wenn sich die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt nicht vertreten fühlen? Die Gewerkschaften werden mit dieser Art des Agierens geschwächt. Es kommt nicht auf formale Mitbestim-

mung, sondern auf öffentlich erkennbare Mitbestimmung an. Nur so kann die Schwächung der Gewerkschaften durch Mitgliederschwund aufgehalten werden.

Neuerdings hat auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt, dass das Feigenblatt CCS für Kraftwerke als Zukunftstechnologie untauglich ist. CCS bedeutet Verhinderung von CO₂-Emission in die Atmosphäre durch Abtrennung, Transport zu und Speicherung in „geeignete“ geologische Formationen.

Zitat aus Hohe Unsicherheit bei der CO₂-Abscheidung: Eine Energiebrücke ins Nichts?: Wochenbericht DIW Berlin, Nr.36/2010, 77. Jahrgang, 8. September 2010, S. 7:

„Aus heutiger Sicht erscheinen die Perspektiven der CO₂-Abscheide-, Transport- und Speichertechnologie (CCTS) sowohl in Deutschland als auch im Rest Europas als sehr unsicher. Vor einer eventuellen großflächigen Umsetzung dieser Technologie dürften mehrere Jahrzehnte vergehen. So bleibt der Einsatz von CCTS in der zukünftigen Energieversorgung unter den heutigen Bedingungen in Deutschland und Europa eher fraglich.“

Die Landesregierung, in der DIE LINKE. Mitverantwortung trägt, ist gut beraten, wenn sie eine zukunftsorientierte und ökologische Energiekonzeption vertritt und fördert.

Text und Fotos: Dieter Brendahl



Welche Energie ist für wen bezahlbar?

Die Energiekonzerne wollen die Laufzeit von Atomkraftwerken als „Brückentechnologie“ so lange verlängern, bis ausreichend bezahlbare Erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.

Auch neue CO₂-arme Braunkohlen-Großkraftwerke sollen errichtet werden, bis dieses Ziel erreicht ist.

Zur Akzeptanz in der Bevölkerung soll bei neuen Braunkohlenkraftwerken zum Klimaschutz der CO₂-Ausstoß in einem aufwendigen Prozess stark verringert werden.

Das abgetrennte CO₂ soll als Abfall (Müll) in geologische Formationen gepresst werden, obgleich dafür noch keine ausreichenden Forschungsergebnisse zur Speichersicherheit vorliegen. Auch dieser Prozess wird unter anderem von unserem Brandenburger Wirtschaftsminister als Brückentechnologie CCS bezeichnet.

In Wahrheit verhindern jedoch dampfbetriebene Grundlastkraftwerke den Ausgleich zwischen schwankender Wind- und Sonnenenergie und bilden eine Hürde für Erneuerbare Energien.

Allerdings sind sie für die Betreiber gewinnbringend, sofern damit ihr monopolistisches Erpressungspotential gegenüber dem Staat weiterhin aufrecht erhalten bleibt.

Den Verbrauchern und den Steuerzahlern wird damit jedoch eine nicht abzuschüttelnde Last aus umweltbedingten Begleit- und Folgekosten aufgebürdet. Letzten Endes werden sie auch gezwungen den an der Börse manipulierten Preis zu bezahlen.

Deshalb hier die Fragen und Antworten der Enertrag GmbH, die Windparks plant und mehr als 1000 Windkraftanlagen im In- und Ausland überwacht: Erneuerbare Energien kosten zu viel?

Oder alles eine Frage des Maßstabes?

- CCS wird voraussichtlich 0,30 Euro/KWh kosten und die CO₂-Speicherung ist weiterhin ungelöst!
- Uran ist in den letzten fünf Jahren im Preis um 500 Prozent gestiegen! Was kostet Atomenergie morgen?
- 100 km mit fossilem Treibstoff kosten 15 Euro! 100 km mit Wind-H₂ kosten zwölf Euro!
- Strom aus neuen Kohlekraftwerken kostet 0,06 Euro/KWh + Umweltkosten?? Strom aus Windenergie 0,09 Euro/KWh + Umweltkosten null Euro!
- Die Subventionen der Steinkohle kosten den Bundesbürger 20 Euro/Jahr! Insgesamt flossen 35 Milliarden Euro vom Staat in die Steinkohle – in ein Auslaufmodell mit 35 000 Arbeitsplätzen
- Braunkohle-Subventionen der Landesregierung Brandenburg betragen bis heute 1,2 Milliarden Euro

Dieter Brendahl

Hochwasserhilfe für Bogatynia

Es hat gar nicht lang gedauert, bis wir nach der Veröffentlichung unseres Spendenaufrufes zugunsten der Hochwasseropfer in Bogatynia (Polen) so viele Sachspenden erhalten hatten, dass wir den Transporter der Partei füllen und am 27. September zu den Betroffenen fahren konnten.



Die Geldspenden (persönliche Spenden von Genossen, 150 Euro Spenden vom Kuchenbasar des Sommerfestes, 120 Euro vom Ständigen Forum der Regionen der EL) verwendeten wir, um Reinigungs- und Desinfektionsmittel und andere Dinge, die nicht als Sachspende bereitgestellt, aber benötigt wurden, zu kaufen.

Dank der Vermittlung von Frau Eliskowska-Winkler von der Sorbisch-Wen-

dischen Sprachschule klappte auch die Kontaktherstellung vor Ort reibungslos.



Der Leiter eines örtlichen Hilfsstützpunktes, Piotr Faderewicz, erwartete uns mit der Dolmetscherin in Bogatynia und geleitete uns durch den schwer gezeichneten Ort. Überall aufgerissene Wege, Grundstücke, weit aufgerissene Fenster in verlassenem Häusern. Und es regnete schon wieder in Strömen, Feuerwehr und Sandsackfüller waren erneut im Einsatz...

Am Hilfspunkt angekommen, wurden wir von Helfern erwartet, die uns berichteten, dass etwa 400 Personen der Stadt in Notquartieren untergebracht seien und je nach Bedürftigkeit im Stützpunkt die entsprechenden Spenden erhielten, worüber exakt Buch geführt wird.

Gemeinsam entluden wir unser Fahrzeug und versprachen, unsere Spendenaktion fortzusetzen, denn Hilfe wird noch sehr viel notwendig sein.

Wir rufen also alle „Herzblatt“-Leser auf, sich nach Möglichkeit an der Fortführung unserer Aktion bis Ende Oktober zu beteiligen. Am sinnvollsten sind natürlich Geldspenden, mit denen wir flexibel auf sich im Laufe der Zeit verändernde Bedürfnisse reagieren können.



Für die bisherige Spendenbereitschaft sagen wir allen Spendern herzlichen Dank und Grüße aus Bogatynia.

Sonja Newiak, Marlies Schön,
Peter Schömmel, Netzwerk EL,
AG Politourismus Cottbus

Eine ganz normale Bahnreise nach Luxembourg...

Regelmäßig fahre ich als Reitlehrerin mit der Bahn von Münster nach Luxembourg, der Hauptstadt Luxemburgs, um meine dortigen Reitschüler zu unterrichten.

Man gewöhnt sich dabei im Laufe der Zeit an Vieles: Nicht oder schlecht funktionierende Heizungen bzw. Klimaanlage, permanente Verspätungen, die regelmäßig zu spektakulären Sprints über den Koblenzer Bahnhof führen und zu den noch häufig verpassten Anschlusszügen, also Wartezeiten auf den „anheimelnden“ Bahnhöfen.

An diesem Reisetag wurde eine Befragung der Reisenden im Zug durchgeführt. Von der Zufriedenheit mit der Kleidung des Zugpersonals, über die Ausstattung des Bordbistros und bis zu Durchsagen wurde so ziemlich alles gefragt. Nur das Wort „Pünktlichkeit“ kam nur am Rande einmal vor. Doch diesmal war der IC ausnahmsweise einmal fast pünktlich in Koblenz, so dass ich sogar den nächsten Regionalexpreß ohne heftiges Keuchen erreichte. Ich war völlig begeistert von der Vorstellung, Trier und Luxembourg ausnahmsweise einmal pünktlich zu erreichen. Aber: Aus der Traum. Denn es gab natürlich wieder einmal Bauarbeiten auf der Strecke und damit doch noch 25 Minuten Verspätung...

Im Regionalexpreß war zudem eine lustige Rolli-Truppe unterwegs nach Trier. Leider war im Zug nicht genügend Platz für die Rollstühle.

Offenbar ist es nicht vorgesehen, als Mensch mit Handicap ohne Voranmeldung mit der Bahn zu fahren oder sogar in der Gruppe zu verreisen. Jedenfalls blockierten die Rollis die Türen eines Waggons. Sie konnten halt nirgends ausweichen. Auf jedem Bahnhof mussten daher erst ein paar Rollstühle ausgeladen werden, ehe die anderen Reisenden aussteigen konnten. Aber das war im Fahrplan so nicht vorgesehen. So schlossen die Türen bereits automatisch wieder, ehe die Prozedur Rollstühle raus – Reisende raus – Rollstühle wieder rein – durchgeführt werden konnte.

Auf den Notruf an den Zugführer, dass hier noch Reisende wären, die aussteigen wollen, wurde mit den Worten reagiert, dass sie jetzt nicht noch einmal anhalten könnten, obwohl der Bahnhof noch nicht einmal verlassen wurde. So wurden die Reisenden bis Trier zwangsweise weitertransportiert.

Diesmal meldeten wir vorher beim Zugführer an, dass es länger dauern würde, zumal viele Menschen aussteigen wollten. Die Antwort darauf lautete, dass nach Plan 20 Sekunden dafür zur

Verfügung stünden und damit wurde der Kontakt abgebrochen.

Klar, es spielten weitere 1,2 Minuten Verzögerung angesichts von bereits 25 Minuten Verspätung auch noch eine gewaltige Rolle...

Am behindertenungerecht gebauten Trierer Bahnhof wuchteten wir Reisenden gemeinsam mit den Begleitern der Rolli-truppe die schweren Rollstühle im Akkord über die hohen Schwellen auf den Bahnsteig. Ehe die übrigen Reisenden rasch auch noch hinterher hechteten. Servicemitarbeiter der Bahn waren natürlich nirgends als Hilfe zur Stelle.

Fazit: Wenn ich nicht für lange Reisen auf die Bahn angewiesen wäre, würde ich gern auf das Erlebnis Deutsche Bahn verzichten.

Mich interessiert das Aussehen der Uniformen der Bediensteten oder die Ausstattung des ohnehin für meine Geldbörse viel zu teuren Bordbistros herzlich wenig. Ein wenig mehr Respekt vor Menschen mit Handicaps und ein wenig Pünktlichkeit würden meinen Ansprüchen durchaus genügen.

Immerhin, jede Reise mit der Deutschen Bahn gleicht einem kleinen Abenteuer, so dass es niemals langweilig wird.

Jenny Newiak

„Afghanistan. Das wahre Gesicht des Krieges“

Vom 29. Januar bis zum 3. Februar diesen Jahres bereisten Christine Buchholz (Foto) und Jan van Aken, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag und für diese im Kundus-Untersuchungsausschuss, die Kriegsgebiete in Afghanistan. Sie sprachen mit überlebenden Opfern und Hinterbliebenen von Opfern dieses bisher folgenreichsten Luftanschlags der Bundeswehr.

Und sie konnten sich ein umfassendes Bild von den Lebensverhältnissen in den Kriegsgebieten und der Einschränkung des Aufbaus der zivilen Strukturen durch die militärische Besetzung machen. Ihre Eindrücke haben sie in einem Bericht und in Bildern zusammengefasst, welche in Form einer Ausstellung zu erleben sind.

Am 2. September wurde diese Ausstellung in den Räumlichkeiten der Kreis-



geschäftsstelle im Beisein von Christine Buchholz (MdB) vor zahlreichen Besuchern eröffnet.

Mit der Unterstützung von weiteren Bildern berichtete sie realistisch von der auf aufkommenden Angst ab dem Zeitpunkt der Landung, vom nicht zu erkennenden Wiederaufbau und dem militärischen Auftreten der Wiederaufbauteams. Auch von ihren Treffen mit den Mitgliedern des Provinzrates, den Treffen mit Hinterbliebenen und Opfern des von der Bundeswehr befohlenen Luftschlags und von der erfolgreichen Arbeit der zivilen Hilfsorganisationen konnte man interessante Details erfahren.

Am Ende blieb bei allen Anwesenden noch intensiver die Frage nach der Notwendigkeit der Militärs vor Ort hängen.

Die Ausstellung „Afghanistan. Das wahre Gesicht des Krieges“ war bis Ende September in der Kreisgeschäftsstelle zu sehen.

André Groß

Das geheime Verbrechen und die Geschichte einer Lüge

Als die deutsche Wehrmacht im April 1943 bei ihrem Vormarsch gen Osten in den Wäldern von Katyn auf Massengräber mit tausenden Skeletten von polnischen Armeeingehörigen stieß, dürfte es für Propagandaminister Josef Goebbels eine Freude gewesen sein, die Russen als Schuldige an diesen Massakern anzuprangern. Staatschef Stalin und seine Mitstreiter wiesen diese Anschuldigungen natürlich empört als „Nazipropaganda“ energisch zurück und lasteten das Verbrechen ihrerseits der deutschen Wehrmacht an.

Doch was geschah tatsächlich in den Wäldern von Katyn?

Unbemerkt von der Weltöffentlichkeit drangen bereits zwei Wochen vor dem offiziellen Beginn des Zweiten Weltkrieges, am 17. August 1939, sowjetische Truppen in Polen ein – ohne Kriegserklärung. Jossif Stalin war der Versailler Vertrag schon lange ein Dorn im Auge gewesen, und er fand, es sei an der Zeit, dieses Vertragswerk zu „korrigieren“. Polen war in seinen Augen ein „faschistischer Staat“, der vernichtet werden musste. Im Zuge dieser Kampfhandlungen gerieten etwa 242 000 polnische Soldaten und Offiziere in sowjetische Kriegsgefangenschaft, unter anderem auch die gesamte Garnison der Festung Lwow, die sich ergab. Unter ihnen auch Brigadegeneral Franciszek Sikorski, der Bruder des damaligen Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung.

Ein in den 90er Jahren aufgetauchtes Geheimpapier enthüllt die grausige Wahrheit über das Schicksal eines Großteils dieser Kriegsgefangenen und die Verantwortlichen für deren Tod.

Sieben Männer setzten am 5. März ihre Unterschrift unter den Mordbefehl: Stalin, Woroschilow, Molotow, Mikojan, Kalinin, Kaganowitsch und zu guter Letzt Berija, aus dessen Feder dieses Schriftstück stammt.

Fast alle polnischen Offiziere und Generäle wurden in mehreren Sonderlagern des NKWD in der Ukraine und Weißrussland untergebracht und mussten in der Rüstungsindustrie und in der Hüttenindustrie arbeiten. Das Papier listet die genauen Zahlen auf: In den Lagern des NKWD und in den Gefängnissen in der

Ukraine und Weißrussland saßen demnach 295 Generäle, Oberste und Oberstleutnants, 2080 Majore und Hauptleute und 6049 Leutnants und Fähnriche. Weitere 1204 Offiziere sowie Tausende Grenzschutzkommandeure, Beamte der Militärjustiz, Polizisten usw. saßen in anderen NKWD-Gefängnissen.

Über das Schicksal jener polnischen Kriegsgefangenen trafen die Unterzeichner eine eindeutige Entscheidung: Sie waren „...ohne sie vorzuladen und ohne ihnen gegenüber Anklage zu erheben ... zur Höchststrafe – Tod durch Erschießen – zu verurteilen.“

In Erfüllung dieses Beschlusses wurden im April und Mai 1940 in den Wäldern von Katyn etwa 20 000 polnische Kriegsgefangene und Internierte aus den Lagern Kosjelsk, Jarobjelsk und Ostaschkow erschossen und in Massengräbern verscharrt. Weitere Kriegsgefangene wurden an anderen Orten erschossen, unter ihnen auch Brigadegeneral Franciszek Sikorski, der Bruder des polnischen Ministerpräsidenten.

Im Dezember 1941 verlangte Wladislaw Sikorski, der Ministerpräsident der polnischen Exilregierung von Stalin Auskunft über das Schicksal seines verschwundenen Bruders und der anderen polnischen Offiziere, da diese für die Aufstellung von Truppen gegen den deutschen Aggressor gebraucht wurden. Er erhielt jedoch nie eine Antwort. Ebenso wie ihm erging es vielen Angehörigen polnischer Offiziere – viele forschten vergeblich nach den Vermissten. Die Entdeckung der Massengräber in den Wäldern von Katyn im April 1943 führte in der Folgezeit zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion. Viele Polen konnten Stalins Unschuldbeteuerungen nicht glauben. Wladislaw Sikorski selbst kam im Juli 1943 bei einem Flugzeugabsturz vor der Küste von Gibraltar unter mysteriösen Umständen ums Leben.

Die Frage nach den Schuldigen am Massaker von Katyn wurde zunächst auf Eis gelegt: Man hatte schließlich einen Krieg zu führen. Doch auch nach dem Krieg blieb die Wahrheit in den Wäldern von Katyn begraben: Eine ausschließlich aus russischen Experten bestehende Un-

tersuchungskommission (polnische Experten waren nicht zugelassen) stellte nach Kriegsende nach eingehender Untersuchung der Gebeine in den Massengräbern fest, dass dies ein Verbrechen der deutschen Wehrmacht gewesen sei. Basta!

Nach Stalins Tod 1953 kam erneut Hoffnung auf, dass nun endlich die Wahrheit über das Verbrechen ans Tageslicht kommen möge. Doch die neue Regierung der Sowjetunion hatte kein Interesse an einer ehrlichen Aufklärung. Die „Akte Berija“ wurde kurz nach Stalins Tod ebenfalls geschlossen. Lawrenti Berija wurde entmachtet, in einem Geheimprozess abgeurteilt und danach erschossen.

Auch der Staat DDR übernahm die Geschichtslüge. Wie sollte man auch der heranwachsenden jungen Generation im Geschichtsunterricht erklären, dass ausgerechnet der große „Bruder“ ein solches Verbrechen begangen hatte?

Offensichtlich sollte die Wahrheit für immer in den Wäldern von Katyn begraben bleiben. Jahrzehntlang wurde die Lüge aufrechterhalten. Bis zum 13. April 1990 – an diesem Tage brach Michail Gorbatschow sein Schweigegelübde und gestand den Massenmord unter Stalins Verantwortung ein. Sein Nachfolger Boris Jelzin offenbarte zwei Jahre später die Einzelheiten, die aus dem Geheimpapier von 1940 hervorgehen.

Mit einer gerichtlichen Aufarbeitung des Verbrechens tat sich die russische Justiz jedoch schwer. 2004 und zuletzt 2009 wurden die Ermittlungen gegen Beteiligte durch die Gerichtsbarkeit eingestellt. Strafanträge polnischer Angehöriger der Opfer wurden abgewiesen. Der vom russischen Präsidenten am 15. Mai 2009 unterzeichnete Erlass Nr. 549 „Zur Abwehr von Versuchen, die Geschichte Russlands zum Schaden der Interessen Russlands zu verfälschen“ ist nicht dazu geeignet, die Massaker von Katyn ehrlich aufzuarbeiten.

Immerhin haben nun die Opfer der Massaker in den Wäldern von Katyn eine würdige Gedenkstätte erhalten. Angehörige haben nun – nach jahrzehntelangem verordnetem Schweigen – die Möglichkeit, ihrer Toten zu gedenken.

Sigrid Mertineit

Kulturverein „Bücherei Sandow e.V.“ mit interessantem Angebot

Auch im II. Halbjahr 2010 hat der Kulturverein „Bücherei Sandow e.V.“ wieder ein interessantes, abwechslungsreiches Veranstaltungsangebot. Wir wissen zwar noch nicht genau, wann wir umziehen, aber die Reko-Bauarbeiten in der Christoph-Kolumbus-Gundschule, Muskauerstraße 1, sind im vollen Gange.

Am Donnerstag, dem 21. Oktober um 17.00 Uhr, begrüßen wir den bekannten Schriftsteller Jurij Koch zur Autorenlesung im Carl-Blechen-Haus, Franz-Mehring-Straße. Er stellt sein Buch „Am Ende des Tages“ vor und wird von dem bekannten Musiker Matthias Kießling begleitet. Tief in den Archivakten des Jahres 1794 hat Jurij Koch Spuren des 19-jährigen Georg Rietscher „ausgegraben“. Der Kuhhirt und Brandstifter wird zur Richtstatt gefahren, und es zieht sein doch kleines Leben mit Freuden und Elend an

ihm dabei vorüber. Ein wunderbar spannendes Stück Literatur.

Am Donnerstag, dem 11. November um 17.00 Uhr, in unserem neuen Domizil fragen wir mit dem Cottbuser Lyriker Karl-Heinz Wienke im nicht ganz ernstesten Sinne – es beginnt ja die Faschingszeit – „Alles Dummfug – oder was?“ Wir dürfen uns auf eine Hommage an das Leben mit allem Sinn und Unsinn, mit Wahn und Witz freuen.

Im Dezember ist auch bei uns Advent-Weihnachtszeit. **Am 9. Dezember um 16.00 Uhr** heißt es deshalb „Vorweihnachtszeit mit dem Kulturverein Bücherei Sandow e.V.“ – eine vorweihnachtliche Veranstaltung mit Stollen (selbstgebacken), Pfefferkuchen, Kaffee, Rotwein und mit der Heimatforscherin Dora Liersch in den Räumen der Bücherei Sandow, Christoph-Kolumbus-Schule.

Wir freuen uns auf unsere Gäste, und wir empfehlen den Besuch unserer homepage: www.buecherei-sandow.de
 Gudrun Hibsich, Vereinsvorsitzende

Nun ist es so weit. Wir wissen, wir werden etwa Mitte Oktober in unsere neuen Räume in der Christoph-Kolumbus-Schule ziehen.

Am 1. Oktober schlossen wir unsere Bücherei am alten Standort. In der „Herzblatt“-Ausgabe November können wir dann konkret sagen, wann wir wieder eröffnen.

Das Umzugsmanagement liegt in den Händen der Stadtverwaltung, deshalb lässt sich heute noch nicht genau sagen, wie die exakte zeitliche Abfolge sein wird.

Kurt Konarske war ein verdienstvoller Cottbuser

Am 1. September verstarb im Alter von 95 Jahren Kurt Konarske, mein lieber Opa und Euer treuer Genosse.

Vor 61 Jahren wurde er Mitglied der SED und blieb bis zum Todestag ein überzeugtes Mitglied der Partei Die LINKE.

Ich möchte mich bei allen Genossen bedanken, die ihm bis in seine letzten Wochen immer wieder Wertschätzung und Achtung entgegen brachten. Es hat ihm sehr viel bedeutet.

Sei es auf dem Parteitag der LINKEN in Cottbus oder zu den Kundgebungen am 1. Mai, sei es auf den Parteiversammlungen seiner Parteigruppe oder bei Kranzniederlegungen, er war stolz auf seine Partei, freute sich über das Festhalten der Werte durch die Älteren aber auch über den frischen Wind den die Jugend in die Partei brachte.

Eine besondere Enttäuschung war für ihn die „Wende“, hatte er doch auf richtig und ehrlich versucht, ein besseres Leben für die Menschen zu schaffen. Er hatte in den 95 Jahren seines Lebens schon viel gesehen und erlebt. In seinem Buch schrieb er bereits vor 16 Jahren „Mich kann keine unsoziale Maßnahme mehr überraschen, denn das, was noch kommen wird, und

kommt, habe ich alles schon einmal in den 20er und 30er Jahren erlebt. Kapitalismus bleibt Kapitalismus und Kapitalist bleibt Kapitalist. Profit heißt sein Gott, nur dem dient er mit ganzer Kraft.“

Mein Opa war ein verdienstvoller Cottbuser, der viel für die Entwicklung in dieser Stadt beigetragen hat.



Mit der Schippe in der Hand arbeitete er sich nach dem Krieg hoch bis zum Technischer Direktor Gas und Direktor für Produktion im Energiekombinat Ost und bestimmte in vielen Berufsjahren das Gas- und Energiegeschehen in unserer Region.

Während seiner Zeit als Ingenieur war er aktives Mitglied der „Kammer der Technik“ und leitete dort den Fachausschuss Gaserzeugung. Neben anderen vielen Auszeichnungen und Ehrungen, erhielt er auch die „Verdienstmedaille der DDR“ und war einer der ersten Aktivisten in dem damaligen jungen Staat.

Nebenberuflich war er 15 Jahre Vorsitzender der Sportvereinigung „Turbine Cottbus“ und übte zehn Jahre lang als Mitglied des Kreisvorstandes für Jugend und Sport seinen Einfluss auf das Sportgeschehen im Kreisgebiet der Stadt aus. 20 Jahre schaffte er auch als Vorstandsmitglied in der Gartensparte „Wochenend Nord“ und blieb bis zuletzt Ehrenmitglied des Gartenverbandes.

Wir werden ihn vermissen unseren Vati, Schwiegervati, Opa, Uropa und Uropa und sicher oft an ihn denken.

Ich habe viel Zeit mit ihm verbracht und viel von ihm gelernt. Sogar mit dem Tod umzugehen.

Danken möchte ich an dieser Stelle besonders Herrn Professor Gutermuth und seiner Frau und Genossen Jürgen Maresch, der den sehr wertschätzenden Artikel über das Treffen mit meinem Opa für die Juniausgabe des „Herzblattes“ verfasst hat.

Birgit Wald

Termine

- 8.10. 15.00 Uhr Treffen der BO - Vorsitzenden
Kreisgeschäftsstelle
- 13.10. 10.00 Uhr AG Geschichte
Kreisgeschäftsstelle
- 14.10. 17.00 Uhr Eröffnung der Ausstellung „Für eine starke Linke in Europa“
Kreisgeschäftsstelle
- 16.10. 10.00 Uhr Gesamtmitgliederversammlung Ortsverband Cottbus
Stadthaus Cottbus
- 18.10. 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Kreisgeschäftsstelle
- 20.10. 17.00 Uhr Jurij Koch zu Gast bei der BO 32
„Ein Refrain auf Abgewiesen“ - Aus seinen Tagebuchnotizen.
Brandenburger Hof
- 21.10. 17.00 Uhr Jurij Koch ist Gast der Bücherei Sandow
„Am Ende des Tages“
CARL-BLECHEN-HAUS,
Franz-Mehring-Straße
- 23.10. 10.00 Uhr Regionalkonferenz „LINKE Politik in Brandenburg“
Lübbenau
- 25.10. 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Kreisgeschäftsstelle
26. und 27.10. MdB, Wolfgang Neskovic im Wahlkreis
- 27.10. 14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus
- 28.10. 18.00 Uhr Kreisvorstand Lausitz
Kreisgeschäftsstelle
- 30.10. 10.00 Uhr zum 190. Geburtstag Friedrich Engels' mit Prof. Dr. Goetz Dieckmann
Brandenburger Hof
- 1.11. 18.00 Uhr Fraktionssitzung
kreisgeschäftsstelle
- 2.11. 17.00 Uhr Diskussion zu Lateinamerika“
mit Dr. Winfried Hansch
Kreisgeschäftsstelle
- 4.11. 18.30 Uhr Diskussionsrunde zum Programmentwurf mit Benjamin Hoff (fds)
Kreisgeschäftsstelle

Herzlichen Glückwunsch allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen und Wochen Geburtstag feiern

Oktober

- zum 97. Hans Miethe (21.10.)
- zum 96. Walter Krumpa 23.10.)
- zum 84. Margot Gergele (13.10.)
- zum 83. Thea Friedrich (19.10.)
Margarete Reichel (29.10.)
- zum 82. Fritz Otto (21.10.)
- zum 81. Werner Plettig, (1.10.)
- zum 80. Ewald Flaschinski (5.10.)
Werner Jandke (5.10.)
Isolde Brüggemann (10.10.)
- zum 60. Ingrid Beuthner (20.10.)
- zum 20. Paul-Sten Marquaß (2.10.)

Was wissen wir über die Entwicklungen in Südamerika?

Zu wenig – und darum laden wir öffentlich ein zum Vortrag von Dr. Winfried Hansch, Vorsitzender der „Alexander von Humboldt Gesellschaft – Freunde Lateinamerikas“ und anschließender Diskussion zum Thema:

„Chancen der Veränderung in Lateinamerika“

am 2. November um 17.00 Uhr in die Geschäftsstelle der LINKEN, Cottbus, Straße der Jugend 114.

Der Referent hat von 1976 bis September 1990 im Außenministerium der DDR gearbeitet und war über sechs Jahre in Argentinien und fünf Jahre in Mexiko.

Er ist Sprecher des Solidaritätsbündnisses „Venezuela avanza“ sowie beteiligt am Arbeitskreis Lateinamerika beim Parteivorstand der LINKEN.

November

- zum 90. Ursula Fahlberg (14.11.)
- zum 88. Robert Krell (14.11.)
- zum 87. Erna Olberg (12.11.)
Herbert Scheler (12.11.)
- zum 86. Leo Bigos (14.11.)
- zum 83. Georg Kumpf (6.11.)
Wolfgang Haufe (8.11.)
- zum 82. Dolly Rädisch (10.11.)
Christfried Israel (11.11.)
Katharina Kluge (12.11.)
- zum 81. Paul Schwarz (3.11.)
Heinz Thomalsky (6.11.)
- zum 80. Werner Didzuhn (8.11.)
- zum 60. Ulrich Neidhardt (10.11.)



Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (0355) 2 24 40

V.i.S.d.P.: KGF André Groß

Redaktion: Annelly Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss November-Ausgabe:

22. Oktober